

Tafel 9: Kriminalobersekretär Gotthold Fengler.

Lebenslauf

Gotthold Fengler wurde am 14. Oktober 1898 in Hermannsdorf geboren. Er absolvierte eine kaufmännische Lehre und war bis Ende März 1916 als Verkäufer tätig. 1917 wurde er zur Luftwaffe eingezogen und nahm kurz vor Ende des Krieges an seinem ersten Einsatz teil. Im Juli 1919 trat Fengler der Schutzpolizei Hanau bei. Dort blieb er zwölf Jahre, bis er als Oberwachtmeister die Polizei verließ. Er nahm eine Stelle beim Frankfurter Finanzamt an und war somit nicht mehr im polizeilichen Umfeld tätig. Im Oktober 1931 trat er wieder in die Polizei ein, dieses Mal als Kriminalassistent in Frankfurt. 1933 wurde er zur Gestapostelle Frankfurt abgeordnet und 1936 endgültig dorthin versetzt. Er trat 1937 der NSDAP und 1943 der SS bei. Ebenfalls im Jahr 1943 wurde er zum Kriminalobersekretär befördert und 1944 zur Außendienststelle Wetzlar abgeordnet. Dort blieb er bis zum Ende des Krieges. Am 7. April 1945 wurde er von den Alliierten inhaftiert und erkrankte schwer. 1947 verstarb er in einem Hospital in Velen. Ein zwischenzeitlich eingeleitetes Spruchkammerverfahren wurde 1949 eingestellt.

Verbindung zum „Leuschnerkreis“

Gotthold Fengler war gemeinsam mit dem Kriminalbeamten Cristian Fries ab 1942 im sogenannten „Leuschnerkreis“ aktiv. Die Gruppe um den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Wilhelm Leuschner bildete den zivilen Arm der Widerstandsgruppe des 20. Juli und organisierte für den Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler eine neue Regierungsbildung. Als im Mai 1942 vermehrt Deportationen aus Frankfurt erfolgten, planten Christian Fries und Gotthold Fengler, den jüdischen Geheimrat Dr. Karl Herxheimer und seine Hausdame, Henriette Rosenthal, in der Schweiz in Sicherheit zu bringen. Fengler hatte zwei gefälschte Pässe besorgt und sollte die beiden Flüchtenden an die Schweizer Grenze bringen. Das Vorhaben scheiterte jedoch in letzter Minute. Später nutzte Fengler seine Position bei der Gestapo und lieferte wichtige Informationen und Hinweise an den „Leuschnerkreis“. Unter anderem meldete er geplante Deportationen, sodass Betroffene rechtzeitig gewarnt werden konnten. In mehreren Fällen sorgte Gotthold Fengler für eine Entlassung aus der Gefängnishaft und gewährte Verfolgten in seiner Wohnung Unterschlupf. Seiner Tochter zufolge fälschte er außerdem

Vernehmungsprotokolle, um für die Betroffenen eine mildere Strafe zu erwirken.

Tafel 10: Gestapo und Verfolgungspraxis in Frankfurt

Die Staatspolizeidienststelle Frankfurt am Main

Die Politische Polizei im Regierungsbezirk Wiesbaden hatte zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten als Teil der Kriminalpolizei lediglich 18 Beamte. Mit Erlass vom 26. April 1933 wurde die Abteilung in „Staatspolizeistelle“ umbenannt und somit zum Sitz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Frankfurt. Die Diensträume befanden sich zunächst noch im Polizeipräsidium. Mehrere Angestellte wurden 1933 sofort entlassen. Gleichzeitig erfolgte eine vermehrte Einstellung von SA- und SS-Leuten. Zwischen den „Berufsbeamten“ und den neu eingestellten SS/SA-Männern bestand ein angespanntes Verhältnis. Im Juli 1936 zog die Gestapo in ein Gebäude in der Bürgerstraße und am 1. April 1941 in das Haus in der Lindenstraße 27. Das repräsentative Gebäude bot Platz für das mehr als 300 Personen umfassende Personal und für Haftzellen. Leiter der Stapostelle war zunächst der Kriminalkommissar Eugen Wien, der im Sommer 1933 wegen Unterschlagung und Betrug verhaftet und entlassen wurde. Nachfolger wurde der Kriminalrat Karl Dräger. Auf ihn folgten Adolf Beckerle, Otto Geigenmüller, Joachim Boes und Otto Rasch. 1939 übernahm SS-Sturmbannführer Heinrich Fehlis das Amt, das er 1941 an Oswald Poche übergab. Der neunte und letzte Leiter der Gestapo Frankfurt wurde im Jahr 1943 Reinhard Breder.

Die Verfolgungspraxis der Geheimen Staatspolizei Frankfurt

Die Gestapo übernahm die Verfolgung der politischen Gegner der NSDAP, die Überwachung der Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie die Spionageabwehr. Nach Beginn des Krieges fiel die Überwachung der Zwangsarbeiter:innen in ihren Aufgabenbereich. Ab 1941 war die Gestapo für die

Deportation der als Juden verfolgten Bürgerinnen und Bürger zuständig.

Nach dem Umzug in die Lindenstraße dienten die dortigen Haftzellen nur der Vernehmung oder temporären Unterbringung von Verhafteten. Gefangene erlebten dort häufig grausame Verhöre. Zur dauerhaften Unterbringung

wurden die Häftlinge zumeist in das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße gebracht, wo bis zu 300 Gefangene einsaßen. Mit Beginn des Krieges wurden viele Beamte im Kriegsdienst eingesetzt, 17 Gestapomänner waren nachweislich an den Verbrechen des Holocaust in Osteuropa beteiligt, etwa bei Einsatzkommandos in Lublin oder Minsk.

Rund 165.000 überlieferte Gestapo-Karteikarten zeugen heute von unterschiedlichen Verfolgungsschicksalen Frankfurter Bürger:innen, sowie von Zwangsarbeiter:innen. Die wenigsten Beamten mussten sich nach dem Ende der NS-Herrschaft für ihre Taten verantworten.